

# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.  
Wochenpreis: monatl. 50 Mk., durch die Postträger bei ins Haus; durch die Post direkt: 210 Mk., monatl. 70 Mk.  
Wochenpreis (einschl. Anzeigenraum): im Abonnement halbjährlich 10 Mk., vierteljährlich 5 Mk., monatlich 1 1/2 Mk., im Einzelnen 1/2 Mk. bis 10 Mk., auswärts 50 Mk., im Abonnement bis 100 Mk., auswärts 100 Mk.  
Verlagsschreiberei: Leipzig Nr. 12225.

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsbaupolizei und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Böhmisch, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag E. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Verlagsdruckerei: Nos. 27, Böhmisch (Nacht Aue) 46, Schneeberg 16, Schwarzenberg 19. Druckmaschinen: Volkshaus-Druckerei.

Angewandte Kunst für die am Hochbau erfindende Industrie bis zum 1. März 1923 in den Reichsanstalten. Eine Gewerbe- und Industrieausstellung im Reichsanstaltengebäude in Berlin. Die Ausstellung ist vom 1. März 1923 bis zum 1. März 1924. Die Ausstellung ist vom 1. März 1923 bis zum 1. März 1924. Die Ausstellung ist vom 1. März 1923 bis zum 1. März 1924.

Nr. 219.

Dienstag, den 19. September 1922.

75. Jahrg.

## Bekanntmachung.

### Veränderung der Zuständigkeit in Umsatzsteuerfachen.

Vom 1. Oktober 1922 ab wird nach der Verfügung des Herrn Präsidenten des Landesfinanzamts Leipzig vom 1. IX. 1922 Nr. 3023 I A 1 die Verwaltung der Umsatzsteuerfachen (Warenumsatzsteuer) vom 26. VI. 1916, Umsatzsteuergesetz vom 26. VII. 1918, bezw. 24. XII. 1919, letzteres in der durch Gesetz vom 8. IV. 1922 geänderten Fassung) in den Städten Aue, Eibenstock, Böhmisch, Neustädtel, Schneeberg, sowie in der Landgemeinde Schönheide von den gemeindlichen Umsatzsteuerämtern auf das Finanzamt Aue übergeleitet, jedoch vom 1. Oktober 1922 ab das Finanzamt Aue auf dem Gebiete der Umsatzsteuer für den gesamten Finanzamtsbezirk (Amtsgerichtsbezirke Aue, Eibenstock, Böhmisch, Schneeberg) zuständig wird. Die Steuerpflichtigen in den genannten Städten und der Gemeinde Schönheide haben sich daher von diesem Zeitpunkte ab bei Abgabe von Steuererklärungen, Einsprüchen, Beschwerden, Vergütungsanträgen und zur Erlangung von Auskünften ausschließlich an das Finanzamt Aue zu wenden. Die Umsatzsteuerämter der Städte Aue, Eibenstock, Böhmisch, Neustädtel, Schneeberg und der Gemeinde Schönheide bleiben jedoch bis 31. XII. 1922 noch zuständig für die inoffizielle Durchführung (Entgegennahme von Zahlungen, Stundungs- und Teilzahlungsanträgen) der von ihnen bis zum 30. IX. 1922 erledigten Umsatzsteuerfachen, sowie zur Einhebung der bis zum 31. Oktober 1922 fälligen Vorauszahlungen und zur Entgegennahme der Vorauszahlungen (§§ 143 a und 157 a der Umsatzsteuerausführungsbestimmungen), soweit sie die allgemeine Umsatzsteuer (Steuersatz 2 v. H.) betreffen.  
Aue, am 15. September 1922. Das Finanzamt.

### Ausschreibung der Handelskammerbeiträge für 1922/23.

Die Handelskammer Plauen hat beschlossen, zur Deckung ihres Aufwandes von den zu ihr Beitragspflichtigen im Rechnungsjahr 1922 (1. April 1922 bis 31. März 1923) einen Beitrag von 6 Pfg. auf jede Mark des Steuerbetrages zu erheben, der bei Anwendung der Tarifhöhe des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 in der Fassung des Gesetzes vom 24. März 1921.  
a) für die nach dem Einkommensteuergesetz veranlagten Beitragspflichtigen auf das für das Rechnungsjahr 1920 ermittelte steuerbare Einkommen aus Gewerbebetrieb.  
b) für die nach dem Körperschaftsteuergesetz veranlagten inländischen Erwerbseinkommen auf das für das Rechnungsjahr 1920 ermittelte steuerbare Gesamteinkommen und  
c) für die sonstigen nach dem Körperschaftsteuergesetz veranlagten Beitragspflichtigen auf den für das Rechnungsjahr 1920 ermittelten Betrag der Einkünfte aus Gewerbebetrieb.  
Nachdem das Landesfinanzamt Leipzig seine Zustimmung zu dieser Erhebung erklärt hat, gelangt der hierdurch ausgefertigte Steuerzuschlag am 15. Oktober 1922 zur Einhebung.  
Plauen, den 16. September 1922. Die Handelskammer.

## Im Namen des Volkes!

In der Strafsache gegen die Gutsbesitzerin Frau Emma Klara Schorsch geb. Klaus in Arnsdorf wegen Verurteilung der das Schöffengericht zu Schneeberg in der Sitzung vom 7. September 1922, an der teilgenommen haben:

1. Amtsgerichtsrat Dr. Sepler, als Vorsitzender,
2. Schuhmachermeister Reichert in Schneeberg,
3. Lagerhalter Georgi in Niederhain, als Schöffen,  
Referendar Thiels, als Beamter der Staatsanwaltschaft,  
Referendar Dr. Kohde, als Gerichtsschreiber,

für Recht erkannt:  
Die Angeklagte wird wegen Vergehens nach § 10 Ziff. 1 und zugleich Ziff. 2 des Gesetzes betr. den Verkehr mit Lebensmitteln vom 14. 5. 1879 zu einer

**Geldstrafe von achthundert (800) Mark,**

an deren Stelle im Unvermögensfalle für je 160 Mark 1 Tag Gefängnis tritt, verurteilt.  
Die Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens. Das Urteil ist auf Kosten der Schuldigen nach Rechtskraft im „Erzgebirgischen Volksfreund“ bekannt zu machen.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

## Schneeberg. Gas- und Kokspreis.

Vom 1. September 1922 an kostet  
1 cbm Gas 20 Mk., 1 Gasmenge 9.50 Mk., 1 Zentner Koks 360 Mk.  
Schneeberg, den 16. September 1922. Der Stadtrat.

## Kommunismus und Privateigentum.

Rich. Calwer schreibt in seinen wirtschaftlichen Tagesberichten: Der Kommunismus schließt wenigstens in der reinen Theorie das Privateigentum, vor allem das Privateigentum an Produktionsmitteln aus. In der Praxis ist diese Theorie aber nicht durchführbar, was sich auch in Russland alsbald nach der Einführung der Volkswirtschaft herausgestellt hat. Zwar wurde in der Deklaration der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes vom 5. Januar 1918 jeder private Landbesitz abgeschafft, der Übergang der Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen und sonstiger Produktions- und Transportmittel in den Besitz der Republik der Arbeiter- und Bauernräte in Aussicht genommen, der Übergang aller Banken in den Besitz des Arbeiter- und Bauernrates als eine der Bedingungen zur Befreiung der arbeitenden Masse vom Joche des Kapitalismus vereinbart, aber diese radikalen wirtschaftlichen Forderungen sind nur zum Teil in der Praxis durchgeführt worden. Schon lange machte sich eine Stimmung geltend, die dem Privateigentum Konzeptionen machte und neuerdings macht man sogar ganz offen dem Privateigentum an Produktionsmitteln und damit dem Kapitalismus wieder die Bahn in Russland frei. Das ist eine so wichtige Wendung, daß man ihr wohl einige Beachtung auch in Deutschland schenken darf. Das russische zentrale Exekutivkomitee hat am 22. Mai dieses Jahres eine Verordnung erlassen, in welcher das private Eigentum, allerdings unter gewissen Einschränkungen, von den russischen Gesetzen und Verordnungen anerkannt und geschützt werden soll. Allen Bürgern, deren Rechte nicht in geschlechtlicher Weise nicht beschränkt ist, wird das Recht zuerkannt, in Russland Industrie- und Handelsunternehmen zu gründen und alle gesetzlich zugelassenen Berufe und Gewerbe zu betreiben, wobei sie allerdings alle Verordnungen, die die Industrie- und Handelsbetriebe regeln und die Arbeit schützen, zu befolgen haben. Es wird das Eigentumsrecht auf immobile und mobile Güter geregelt und vor allem auch auf das bewegliche Eigentum gewahrt, das in Fabriken und Werken, Handels- und Industrieunternehmen, soweit sie sich im Privateigentum befinden, in aller Art von Werkzeugen und Produktionsmitteln, Produkten der Landwirtschaft und der Industrie, in Wäsen, die nicht durch besondere Gesetze vom Handel ausgeschlossen sind, in Kapitalien, in Gegenständen des Hausbesitzes und der Wirtschaft und in Gegenständen des persönlichen Gebrauchs bestehen kann. Eine Expropriation gegen Entschädigung oder eine Konfiskation kann nur in Fällen erfolgen, die durch das Gesetz bestimmt werden. Die Verordnung beauftragt die in Frage kommenden Behörden, entsprechende Gesetze und einen Entwurf der bürgerlichen Rechte auszuarbeiten und der nächsten Session des zentralen Exekutivkomitees zu unterbreiten. Wegen der Motive zu dieser Verordnung ist, welche sie wollen, sollte ich jeden-

falls sicher, daß durch den Inhalt dieser Verordnung das private bürgerliche Eigentum wieder anerkannt, neben der Arbeit das Kapital wieder ins Wirtschaftsleben eingeführt wird, damit aber die kommunistische Theorie abstrudeln in Russland geführt ist. Das werden zwar die westeuropäischen Kommunisten nicht wahr haben wollen, solange sie noch in machtpolitischen Kämpfen mit dem Bürgerum stehen, vor allem werden die insofern Arbeiter von dieser Wendung in Russland keine Nutzenwendung bei uns machen wollen. Unter Umständen geht die Entwicklung trotz dieser kommunistischen Wirtschaftstheorie vorwärtigen Wendung in Russland bei uns ganz ähnliche Wege, wie sie dort gegangen ist, aber die bitteren Lehrgänge können nach den Erfahrungen in Russland ganz wesentlich abgemildert werden. Heute ist es noch zu früh, darüber eingehender zu reden, weil in den deutschen Kreisen der Kommunisten eine soziale Orientierung der Wirtschaftsklagen hinter dem machtpolitischen Streben völlig zurücktritt. Aber das Bürgerum mag die Überwindung der kommunistischen Theorie in Russland als ein Symptom der zunehmenden Erkenntnis nehmen, daß das Wirtschaftsleben ohne das Privateigentum an den Produktionsmitteln unter keinen Umständen gedeihen kann.

### Die Forderungen der Eisenbahnen.

Wien, 17. Sept. Die Meldungen über eine Eisenbahnerbewegung im Westen haben die Eisenbahnerverbände von Preußen veranlaßt, zur Lage Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, sofort Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium aufzunehmen, um möglichst umgehende Hilfsmaßnahmen zu fordern, besonders Erhöhung der Befahrungszulagen im besetzten Gebiet. Eine Abordnung der Gewerkschaften sprach im Reichsverkehrsministerium vor und verlangte dringend eine einmalige Wirtschaftshilfe von 15 000 Mark, um den nötigen Bedarf an Kleidung, Wäsche und so weiter decken zu können. Vom Reichsverkehrsministerium wurde erklärt, es könne über eine derartige hohe finanzielle Förderung keine Entscheidung treffen; die Frage solle auf der kommenden Donnerstag im Reichsfinanzministerium geplanten Besprechung mit den Spitzenorganisationen über die Teuerungshilfen verhandelt werden.

### Wittels Appell an die Eisenbahnen.

München, 17. Sept. In der Sitzung des Deutschen Eisenbahnerverbandes äußerte sich der selbstere sozialdemokratische Minister Wittels über den Wiederanlauf der deutschen Volkswirtschaft. Er führte u. a. aus: Gegenüber der Notlage von heute darf die deutsche Arbeiterklasse sich nicht auf ein Schema festlegen. Wenn die Bergarbeiter jetzt Überflüssigen machen, so dürfen sie auch die Eisenbahner nicht auf ihren Hundstuden besetzen. Wenn es

gilt, die Kohlen heranzufahren, da müssen sie zur Ueberbrückung des Achtstundentages bereit sein. Es liegt uns ob, die breiten Massen zu gemeinschaftlichem Denken zu erziehen. Erreichbar ist jetzt nicht eine sozialistische Wirtschaft, aber eine solche, in der der Arbeiter alle gleichberechtigt mitwirkt. Weil die Arbeiter wie herkömmlich auf die alsbaldige Sozialisierung starrten, deshalb machten sie es unmöglich, Erreichbares durchzusetzen. Tatsache ist auch, wie es Russland ausgeprobt hat, daß wir für den Wirtschaftsführer noch bedürfen. Nichts verhängnisvolleres könnte dem deutschen Proletariat widerfahren, als in dieser Sturmzeit die Wirtschaft in die Hände zu bekommen. Alles was es jetzt erreichen und behaupten könne, sei die planmäßige Zusammenfassung der Wirtschaft. Dann werde es möglich sein, in vielen Stellen in die Wirtschaft einzubringen.

### Die Ueberflüssigen im Ruhrgebiet.

Berlin, 17. Sept. Die Durchführung des Ueberflüssigenabkommens im Ruhrgebiet ist soweit vorgeschritten, daß 92 Prozent der Zechen das Ueberflüssigenabkommen übernommen haben. Die Wirkung macht sich bei der Förderung sehr günstig bemerkbar.

### Havenstein bei Brandenburg.

London, 16. Sept. Sir John Bradbury hat gestern Abend eine Unterredung mit Havenstein gehabt. Man glaubt, daß Lord George Bradbury und Havenstein Montag früh empfangen wird.

Eine haßvolle Note erklärt zur Kampfsache Havenstein in London, daß der Reichsbankpräsident zum Glück gekommen sei, um mit der Bank von England Verhandlungen anzuknüpfen und daß er allein finanzielle Ziele verfolgte. In Amsterdam ist das Gerücht verbreitet, Havenstein werde bei seiner Abreise von London mit dem Präsidenten der Bank von Holland konferieren. Diese Bank soll bereit sein, die deutschen Schatzscheine ebenfalls zu garantieren, wenn sich die Bank von England hierzu entschließt.

Paris, 17. Sept. Die französische Regierung hat durch den „Petit Parisien“ und durch den „Compas“ erklärt, daß sie einer Vereinbarung nicht zustimmen werde, die der Reichsbankpräsident Havenstein in London treffen könnte und die darauf hin ausgeht, daß England Belgien die zwei ersten Noten in Höhe von 100 Millionen Goldmark garantiert und schon nach sechs Monaten zahlt, während Deutschland erst nach 18 Monaten des Bank von England die drei verbleibenden Beträge zurückzahlen würde. Die deutsche Regierung hat die beiden Noten am 17. Sept. an die Bank von England übergeben.

## Tuberkulosenfürsorgestelle Schwarzenberg.

Die nächste Sprechstunde der kassen Tuberkulosenfürsorgestelle, in der tuberkulösen und tuberkuloseverdächtigen Personen von Schwarzenberg mit den Stadtteilen Sachsenfeld und Wildenau findet **Mittwoch, den 20. Sept. 1922, nachm. von 4-5 Uhr** im Wohlfahtsamt - Torbüchsenhaus - statt.  
Schwarzenberg, den 16. Sept. 1922. Der Rat der Stadt. - Wohlfahtsamt. -

## Schwarzenberg.

## Mutterberatungsstelle.

Die Beratung für Kinder bis zum 6. Lebensjahre für Schwarzenberg mit den Stadtteilen Sachsenfeld und Wildenau findet **Mittwoch, den 20. Sept. 1922, nachm. von 3-4 Uhr** im Wohlfahtsamt - Torbüchsenhaus - statt. In Neuwelt ist die Beratungsstunde am **Donnerstag, den 21. Sept. 1922, nachm. 1/4-3 Uhr**, im Pfarrhaus Neuwelt.  
Schwarzenberg, den 16. September 1922. Der Rat der Stadt. - Wohlfahtsamt. -

## Böhmisch.

## Mietenverzeichnisse.

Auf Grund von § 19 der Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz werden hiermit sämtliche Hausbesitzer bzw. Hausverwalter bei Vermeidung von Strafe aufgefordert, über ihr Grundstück bis spätestens zum **Sonntag, den 23. ds. Mts.**

- im hiesigen Wohnungsamt Rathaus, Zimmer Nr. 16, ein schriftliches Mietenverzeichnis einzureichen. Das Mietenverzeichnis hat zu enthalten:
1. Angabe der in jedem Hause enthaltenen Wohnungen und Lage derselben (Erdgeschoss, Obergeschoss und dergl.).
  2. Bezeichnung der zu jeder Wohnung gehörigen Räume nebst Zubehör (z. B. 1 Stube, 1 Küche, 1 Kammer, 1 Holzhammer, 1 Kellerraum).
  3. Namen der Mieter dieser Wohnungen a) am 1. Juli 1914 und b) am 1. Juli 1922.
  4. Bezahlte Mieten für die einzelnen Wohnungen a) am 1. Juli 1914, b) am 1. Juli 1922.
  5. Für welche Wohnungen ist die gesetzliche Miete auf Grund des Reichsmietengesetzes gefordert worden und von welchem Zeitpunkte ab bezw. soll dieselbe voraussichtlich noch gefordert werden und von wann ab?
  6. Welche Partei hat die gesetzliche Miete gefordert, Vermieter oder Mieter?
  7. Besteht monatliche oder vierteljährliche Kündigung?
- Für jedes Grundstück ist ein Mietenverzeichnis einzureichen. Die angegebene Miete vom 1. Juli 1922 ist von den Mietern durch eigenhändige Unterschrift gegenzuzeichnen.  
Böhmisch, am 16. September 1922. Der Rat der Stadt.

## Böhmisch.

## Das Stadtbad

wird von heute ab geschlossen.

Böhmisch, 18. September 1922

Der Rat der Stadt.

## Bockau. Öffentliche Gemeinderatsitzung

Dienstag, den 19. September, abends 7 Uhr im Schulzimmer Nr. 1.

**Weißer langhaariger Dackel** (Kreuzung), ohne Steuermarke, zugeworfen innerhalb 3 Tagen beim **Gemeindevorstand Knerhammer**.

## Brennholz - Versteigerung.

Sonntag, den 23. September 1922, sollen im **Schulhofe in Streikwald** von nachm. 1 Uhr ab ca. 90 Rm. hiesige Eiche, aufbereitet in Abl. 37, versteigert werden.  
Fürstl. Forstrevierverwaltung, Fürstl. Rentamt Böhmisch L. G.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes“ in Aue, Schneeberg, Böhmisch und Schwarzenberg eingesehen werden.